





Alt, dreckig, profitabel

Braunkohlekraftwerke sind wirtschaftlich lukrativ und belasten die Umwelt besonders stark. Gegen den Vorschlag eines geringen »Klimabeitrags« aus dem Wirtschaftsministerium formiert sich gemeinsamer Widerstand von Energiekonzernen und Gewerkschaften

Von Bernd Müller



Sollen nach dem Willen von Vattenfall und RWE nach Möglichkeit noch ewig laufen: stark CO₂ emittierende Braunkohlekraftwerke wie dieses in Jänschwalde im Südosten Brandenburgs Foto: Patrick Pleul/ dpa - Bildfunk

Klimaschutz polarisiert. Nachdem Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) im März die Pläne für einen »Klimabeitrag« auf alte Kraftwerke ins Spiel gebracht hatte, inszenierten sich Gegner und Befürworter in den Medien und versuchten, ihre Position zu stärken. Mit dem Projekt sollen vor allem die Betreiber von umweltbelastenden Braunkohlekraftwerken stärker als bislang zur Senkung der Kohlendioxidemission beitragen...

...Der schwedische Staatskonzern drängt auf belastbare Informationen über den klimapolitischen Kurs der Bundesregierung. Vattenfall-Chef Magnus Hall sagte Anfang Mai laut Agenturmeldung: »Es wäre gut, vor dem Sommer Klarheit zu haben.« Bis zum Jahresende wolle er Stockholm einen Verkaufsvorschlag zur Entscheidung vorlegen.

Aus der Verantwortung stehen

Auch wenn Hall den Klimabeitrag prinzipiell ablehnt, stimmte er die deutschen Mitarbeiter auf einen »fundamentalen strukturellen Wandel« des Kohletagebaus in der Lausitz ein. Er habe Verständnis, dass die Menschen für ihre Jobs kämpfen, erklärte er gegenüber *Spiegel online*. Für diejenigen, die lange in der Branche tätig waren, müsse es eine »schmerzhaftes Erkenntnis« sein, dass die Zeit allmählich zu Ende gehe. Aber es gebe in der Region ein wachsendes Bewusstsein, »dass die Arbeitsplätze im deutschen Kohletagebau früher oder später verschwinden werden«.

Diesen notwendigen Strukturwandel in der Lausitz aktiv zu gestalten, mahnen lokale Initiativen und auch Berater der Landesregierung in Brandenburg seit Jahren an. Bereits 2007 hatten weltweit renommierte Wissenschaftler wie der Klimaforscher Manfred Stock vom Potsdam-

Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und Claudia Kemfert, Professorin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, vergeblich gefordert, das Kabinett in Potsdam solle einen Stufenplan zur Abkehr von der Kohle entwickeln.

Die Landesregierung, in welcher Konstellation sie auch bestand, hat diese Mahnung nicht ernst genommen. Das geben jetzt auch Wirtschaftsvertreter offen zu. So übte der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Cottbus, Wolfgang Krüger, Kritik. Viele Menschen der Region hätten Angst vor der Frage, was nach der Kohle komme. »Der Diskurs über die Zukunft der Lausitz ohne Braunkohle ist von der Landesregierung nie richtig eröffnet worden«, sagte er Ende März gegenüber der Tageszeitung *Potsdamer Neueste Nachrichten*. Zudem sei immer die Rede von der Brückentechnologie gewesen, aber keiner habe über die Länge der Brücke gesprochen.

Statt sich dieser Herausforderung zu stellen, lenken die Landesregierungen von Sachsen und Brandenburg von ihren eigenen Versäumnissen ab. Der Klimabeitrag bedeute das Ende der Kohle- und Stromproduktion in der Lausitz ab 2017, sagten sie. Brandenburgs Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD) sprach von einer fristlosen Kündigung für das ganze Revier, sollte der Klimabeitrag eingeführt werden. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) sieht in Gabriels Vorschlag nur einen »ideologisch motivierten Schlag gegen die Braunkohle«. Sein Amtskollege in Dresden, Stanislaw Tillich (CDU), sieht gar die Deindustrialisierung der Region voraus.

Ob es einen geplanten Strukturwandel in der Lausitz geben wird, hängt nicht zuletzt davon ab, ob ihn die Bürger auch laut genug einfordern. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde kürzlich von den Stadtverordneten Sprembergs getan. Sie verabschiedeten fraktionsübergreifend ein Positionspapier, in dem es heißt: »Wir fordern von den Landesregierungen Brandenburg und Sachsen die uneingeschränkte Unterstützung für einen echten Strukturwandel bis 2030.« Sie müssten unverzüglich einen »Plan B« erarbeiten und die notwendigen finanziellen Ressourcen bereitstellen.



vom 17.2.2015

http://www.mdr.de/sachsen/trinkwasserversorgung-region-weisswasser100_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html

Wer zahlt für Tagebaufolgen? Weißwasser kämpft um neue Trinkwasserleitungen

In der Region Weißwasser zeichnet sich ein Finanzierungsstreit um eine neue Trinkwasserfernleitung ab. Aufgrund der erhöhten Sulfatbelastung des Grundwassers durch den Tagebau in der Region, stehen nach Informationen des MDR SACHSENSPIEGEL mehrere Wasserwerke vor dem Aus. Trinkwasser muss über eine Fernleitung aus Bautzen kommen. Kostenpunkt: 24,6 Millionen Euro. Der Oberbürgermeister von Weißwasser, Torsten Pötzsch, fordert Hilfe vom Freistaat für die noch offenen 19,6 Millionen Euro. Eine Kostenumlegung auf die 35.000 betroffenen Einwohner über erhöhte Gebühren und Beiträge lehnt Pötzsch ab: "Diese Menschen sollen nicht für etwas zahlen, was sie nicht verschuldet haben. Denn als der Tagebau hier hergekommen ist, hat keiner die Leute oder die Kommunen gefragt, ob sie das wollen. Das Wasserwerk von Weißwasser wurde damals abgebaggert."

Umweltministerium wehrt ab



Torsten Pötzsch: Trinkwasserversorgung ist Sache der Kommunen, aber wir können nichts für Tagebaufolgen.

Zumindest der Nordteil der Fernleitung zwischen Weißwasser und Boxberg müsse bis 2018 gebaut werden, stellte Pötzsch klar. Vattenfall habe sich nach langen Verhandlungen bereit, erklärt fünf Millionen Euro beizusteuern. Die restlichen 3,6 Millionen Euro möchte das Umweltministerium nicht übernehmen. Ministeriumssprecher Frank Meyer sagte: "Die Trinkwasserversorgung ist

grundsätzlich Sache der Kommunen." **Anfallende Kosten könnten den Verbrauchern** in Form von **Gebühren und von Beiträgen** übertragen werden. Der Freistaat helfe als Förderer des Tagebaus bereits, indem er Beiträge zur Finanzierung der Bergbauatlastensanierungs-GmbH, der LMBV, zahle.

Den betroffenen Kommunen riet Meyer, sich an anderer Stelle Hilfe zu suchen: "In dem Fall ist es so, dass durch Einflüsse Dritter, also durch Bergbau, höhere Kosten entstehen. Da muss man sich bei den Kosten an die Verursacher wenden." Das sei nicht das Umweltministerium, sondern der Verantwortliche für den aktiven sowie für den früheren Bergbau.

Vattenfall kündigt Versorgungsvertrag

Doch Vattenfall hat nach Angaben von Torsten Pötzsch den Trinkwasserversorgungsvertrag bereits zu 2018 gekündigt. Denn, erklärt Pötzsch: "Durch **steigende Sulfatbelastung** steigen auch die Kosten. Die Aufarbeitung von Schwarze Pumpe würde zu hohe Kosten verursachen." Wenn die 3,6 Millionen für die am dringendsten nötige Nordleitung vom Freistaat beziehungsweise der LMBV kommen, will Pötzsch trotzdem bauen: "Wir stehen unter Zugzwang, wir müssen bauen." Sonst stünden die Boxberger und Bärwalder ohne Trinkwasser da und für die Trinkwasserversorgung seien die Kommunen in der Pflicht. Trotzdem gibt sich Pötzsch hoffnungsvoll: "Für die Südleitung sehen wir die LMBV in der Verantwortung, das sieht auch der Freistaat so. Es wird aber noch ein langer Weg sein." Vor allem der Bau der Südleitung sei problematisch: "Der Abschnitt führt durch Naturschutzgebiete und private Grundstücke," so Pötzsch.

LMBV: Bereit, sich zu beteiligen

Die LMBV teilte MDR SACHSEN mit, dass man sich derzeit in Gesprächen mit dem Umwelt- und Finanzministerium sowie dem Wasserzweckverband befände. Grundsätzlich sei man dazu bereit, "sich entsprechend mit den Financiers der Braunkohlesanierung getroffenen bzw. zu treffenden Verabredungen an der Neukonzeption der Trinkwasserversorgung zu beteiligen." LMBV-Sprecher Uwe Steinhuber sagte: "Wir sind zuversichtlich, dass letztendlich eine einvernehmliche Lösung unter Einbeziehung aller Akteure zeitgerecht gefunden werden kann." Konkretere Auskünfte seien derzeit aber nicht möglich, da man sich noch in der Abstimmung befände. Mitfinanzierungen durch die LMBV bei der Trinkwasserversorgung hat es nach dem Kenntnisstand Stein